



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 05. Februar 2018

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Vor der jemenitischen Küste sind mindestens 30 Fliehende ertrunken. Überlebende berichten, ihr Boot sei beschossen worden. Bereits im letzten Jahr gab es Berichte, dass Schlepper\*innen die Boote Fliehender versenken würden.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/mindestens-30-fluechtlinge-vor-jemen-ertrunken-a-1190031.html> (26.01.18)
- 20 Menschen ertranken vor der spanischen Exklave Melilla in Marokko.  
<https://www.nzz.ch/international/mindestens-20-fluechtlinge-vor-spanischer-exklave-melilla-ertrunken-ld.1354064> (04.02.18)
- Die vier Anschläge in Kabul seien nur die Spitze der Gewalt, die in Afghanistan herrsche, schreibt Thomas Ruttig im *Tagesspiegel*. Gefechte, Entführungen von Zivilist\*innen und Verluste der afghanischen Streitkräfte hätten 2017 ein Rekordniveau erreicht. Die Taliban kontrollierten das größte Territorium seit ihrem Sturz 2001. Die Zahl der Binnengeflüchteten steige immer weiter an. Die Bundesregierung spricht davon, dass die Lage „volatil“ sei und gebe den unberechenbaren Charakter des Guerilla-Konflikts zu, weigere sich aber, die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Afghanistan nicht sicher ist. 174 Menschen wurden seit Dezember 2016 von Deutschland aus nach Afghanistan abgeschoben.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/terrorismus-vom-nahezu-wahllosen-morden-in-afghanistan/20904058.html> (29.01.18)
- Human Rights Watch wirft dem türkischen Militär vor, auf aus Syrien fliehende Menschen zu schießen. Allein zwischen Mitte Dezember und Mitte Januar haben 250.000 Menschen im Grenzgebiet zwischen Syrien und der Türkei um Zuflucht gesucht. Die türkische Armee rückt in den Gebieten von Afrin und Idlib immer weiter gegen die kurdische YPG vor. Die türkische Regierung bestreitet die Vorwürfe und will den Human Rights Watch Bericht prüfen.  
Währenddessen hat die türkische Armee den Kampf gegen kurdische Einheiten ausgeweitet. Im Nordirak kämpfte ihre Luftwaffe gegen die PKK, in der syrischen Region Afrin gegen die YPG. Die Kämpfe dauern an.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-01/afrin-syrien-tuerkei-militaeroffensive-kurden-is> (24.01.18)  
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/human-rights-watch-tuerkische-grenzer-schiessen-auf-syrische-fluechtlinge/20924414.html> (03.02.18)

- Etwa 40.000 Geflüchtete leben in Israel, zumeist eritreischer und sudanesischer Staatsbürgerschaft. Bis zum Bau der Mauer zwischen Ägypten und Israel flohen 60.000 in das Land, 20.000 wurden bereits abgeschoben. Nun sollen auch die anderen folgen. Bis Ende März sollen sie ausreisen, sonst drohe ihnen Gefängnis, steht in den Bescheiden, die die ersten von ihnen nun erhalten habe. Zielländer sind laut Angaben der israelischen Regierung die Staaten Uganda und Ruanda. Deren Regierungen haben aber eine solche Vereinbarung mit Israel dementiert. Widerstand gegen die Pläne der israelischen Regierung wird von Schriftsteller\*innen, Akademiker\*innen, Studierenden, Rechtsanwält\*innen sowie Überlebenden der Shoah vorgebracht. Pilot\*innen der israelischen Fluglinie El Al kündigten an, sich zu weigern, Abschiebeflüge zu fliegen und riefen Kolleg\*innen auf, es ihnen nachzutun. Rabbiner\*innen in Israel und den USA überlegen öffentlich, wie Geflüchtete versteckt werden können. Die Akteur\*innen erinnern an die Fluchterfahrung von Millionen von Jüd\*innen über die Jahrtausende, insbesondere aber im letzten Jahrhundert, hinweg.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/israel-zurueck-in-die-fremde-1.3849648> (01.02.18)  
<https://www.tagesschau.de/ausland/israel-abschiebung-101.html> (04.02.18)
- In 2017 700.000 Asylanträge in den 28 EU-Mitgliedsstaaten plus Norwegen und der Schweiz gestellt worden. Das sind 43 Prozent weniger als 2016. 98.000 Anträge wurden von Menschen syrischer Staatsbürgerschaft, je 40.000 von Menschen afghanischer, irakischer und nigerianischer Staatsbürgerschaft gestellt.  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-02/eu-asylpolitik-zahl-asylantraege-halbiert-easo> (01.02.18)
- Beim Treffen der EU-Innenminister\*innen in Sofia in Bulgarien gibt der deutsche Innenminister Thomas de Maizière die Position auf, auf einen für alle EU-Mitgliedstaaten gerechteren Verteilmechanismus zu drängen. Stattdessen solle man sich auf Themen wie zum Beispiel Abschottung konzentrieren, dann erledige sich das mit der Umverteilung ja fast wie von selbst. Aufnahme und Asylverfahren sollen zudem vereinheitlicht werden, darauf könne sich geeinigt werden. Während Griechenland und Italien die meisten ankommenden Menschen aufnahmen und ihre Überlastung immer und allzeit bekannt war, haben sich einige Länder halbherzig in ihrer Unterstützung gezeigt, andere haben gar niemanden aufgenommen. Weil die Quote so nicht kommen kann,  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-deutschland-knickt-bei-quotenregelung-ein/20886072.html> (25.01.18)
- Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass LGBTIQ-Geflüchtete keinen psychologischen Tests zur Überprüfung ihrer sexuellen Orientierung unterzogen werden dürfen. In Ungarn musste ein Schutzsuchender eine solche Untersuchung über sich ergehen lassen.  
[https://www.n-tv.de/politik/EuGH-untersagt-Tests-zur-Homosexualitaet-article20252131.html?utm\\_source=dlvr.it&utm\\_medium=twitter&utm\\_campaign=ntvde](https://www.n-tv.de/politik/EuGH-untersagt-Tests-zur-Homosexualitaet-article20252131.html?utm_source=dlvr.it&utm_medium=twitter&utm_campaign=ntvde) (25.01.18)

### *Bund, Land, Kommune*

- Mitte 2017 versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel dem UNHCR, 40.000 Menschen über Resettlement-Programme aus Geflüchtetenlagern in Nordafrika und dem Nahen Osten aufzunehmen. Bisher ist kein einziger Mensch über ein solches Programm nach Deutschland gekommen.  
<https://www.tagesschau.de/ausland/resettlement-105.html> (23.01.18)
- In den vier Jahren ihrer letzten Legislatur hat die große Koalition Waffenverkäufe an Nicht-EU- und Nicht-NATO-Staaten deutlich erhöht, darunter Saudi-Arabien, das im Jemen kämpft. Auch NATO-Land Türkei, gegen die Kurd\*innen in Syrien kämpfend, profitierte. Insgesamt stiegen die Rüstungsexporte auf einen Wert von 6,24 Milliarden Euro, 60 Prozent davon gingen in Krisengebiet, laut *ARD* der höchste Wert in der Geschichte der

Bundesrepublik. Die SPD hatte zu Beginn der Koalition in 2013 gemeint, sie wolle Rüstungsexporte genauer prüfen und reduzieren.

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-01/waffenexporte-ruestungsexporte-deutschland-krisengebiete-rekordhoch> (23.01.18)

- Im Jahr 2017 ist die Zahl der Abschiebungen leicht um 5,6 Prozent gesunken. Insgesamt wurden 23.966 Menschen in die Staaten abgeschoben, aus denen sie flohen.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-01/asylpolitik-abschiebungen-deutschland> (28.01.18)
- 150 bis 200 Menschen demonstrierten vergangenen Mittwoch gegen Abschiebungen nach Afghanistan vorm Sächsischen Landtag. Sie überreichten Landtagspräsident Matthias Röbber eine entsprechende Petition, der versprach, in sechs Monaten einen Zwischenstand zu geben.
- <https://www.mdr.de/sachsen/dresden/demo-abschiebung-afghanistan-dresden-landtag-100.html> (31.01.18)
- In Göttingen formieren sich nach Hanau, Freiburg und Stuttgart Menschen, die Geflüchtete mittels Bürger\*innenasyl vor der Abschiebung schützen wollen. Rechtlich sei das Ganze Neuland, für Bürger\*innen wie Geflüchtete. Letztere dürften unter keinen Umständen in die Illegalität abrutschen, erstere könnten der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt beschuldigt werden. Begleitet wird die Initiative deswegen von Rechtsanwält\*innen und wird unterstützt vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat.  
<https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5476114&s=B%C3%BCrgerasyl/> (24.01.18)
- Das Münchner Verwaltungsgericht urteilte klar: Kinder und Jugendliche in den „Transitzentren“ genannten Lagern Bamberg und Manching haben Anspruch auf den Besuch einer Regelschule. Nur verweigerte die Schulleitung einer Ingolstädter Schule daraufhin sechs Kindern die Teilnahme am Unterricht. Dies geschah in Absprache mit der bayerischen Landesregierung. Ein „Verfall der Rechtskultur“, so Rechtsanwalt Hubert Heinhold. Politik dürfe Recht nicht missachten, sonst drohten Verhältnisse wie in Ungarn oder Polen. Das Kultusministerium ruderte daraufhin zurück und erlaubte den Schulbesuch. Das Gericht äußerte zudem Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Unterbringung der Klagenden in Bamberg und Manching. Bei ihren Asylverfahren habe das BAMF kein beschleunigtes Verfahren eingeleitet. Das Urteil, weitestgehend als Präzedenzfall interpretiert, auf den hin weitere Klagen folgen könnten, wird vom bayerischen Kultusministerium dagegen als Einzelfallentscheidung angesehen.  
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/bildung-in-bayern-trotz-gerichtsbeschluss-reaktor-schickt-fluechtlingskinder-weg-1.3840281> (26.01.18)
- Recherchen des *MDR* belasten Betreuer von Geflüchtetenunterkünften in Sachsen-Anhalt. Unter anderem habe der Betreuer einer Unterkunft für unbegleitete Minderjährige in Bad Suderode mindestens ein Kind würgend gezogen haben solle. Der belastete Betreuer und die Heimleiterin streiten die Vorwürfe ab. Auch in Wendefurth soll es zu Gewalt gekommen sein. Der Heimleiter habe Geflüchtete wegen banaler Anlässe mit Kabeln gefesselt. Das zuständige Landratsamt sieht kein Gewaltpotential bei den Mitarbeiter\*innen der Unterkunft. In Reaktion fordern die drei Landesflüchtlingsräte von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verbindliche Gewaltschutzkonzepte sowie unabhängige Beschwerdestellen nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens. Immer wieder komme es zu Gewalt in Unterkünften, doch die Schwelle, die Taten zur Anzeige zu bringen, sei oftmals viel zu hoch. Die Menschen fühlten sich oft abhängig von den Mitarbeiter\*innen der Unterkunft, das Vertrauen in staatliche Stellen fehle, so Stefanie Mürbe vom FR Sachsen-Anhalt.  
<https://www.mdr.de/investigativ/exakt-unterbringung-gewalt-gegen-fluechtlings-100.html> (31.01.18)  
<https://www.mdr.de/investigativ/fluechtlingsraete-fordern-schutzkonzepte-heime-100.html> (01.02.18)

- In Cottbus eskalierte in den letzten Wochen immer wieder die Gewalt. Die Stadt Cottbus schürte die rassistische Stimmung und verhängte in Absprache mit dem brandenburgischen Innenministerium einen Aufnahmestopp für die Verteilung von Menschen im Asylverfahren. Übergriffe auf Geflüchtete durch Rassist\*innen gehen dabei häufig unter, dafür wird jede Tat der Geflüchteten umso ausführlicher besprochen. Vergangenes Wochenende demonstrierten Geflüchtete und Unterstützer\*innen genauso wie Rechtsradikale. Die Frage, nach dem „Wem gehört die Stadt?“ wurde von mehreren Journalist\*innen aufgegriffen. Hier der Bericht von Antonie Rietzschel in der *SZ*.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlings-demos-in-cottbus-wir-wollen-die-nicht-schreiben-sie-das-1.3852747> (03.02.18)
- Während CDU/CSU und SPD planen, Menschen im Asylverfahren zu kasernieren macht der Trend zur verstärkten Unterbringung in Lagern in Sachsen Fortschritte. Sachsens Innenminister Roland Wöllner kündigt an, Menschen mit „geringer Anerkennungsquote“ länger in den landeseigenen Erstaufnahmeeinrichtungen unterbringen zu wollen. Was genau geringe Anerkennungsquote heißt, weiß noch niemand so genau. In jedem Fall will Wöllner dies als Deal mit den Landkreisen verkaufen, die im Gegenzug die von ihnen ungeliebte Wohnsitzauflage akzeptieren und diese sogar für einzelne Kommunen verhängen dürfen. Während die von Petra Köpping angedachte, sachseninterne Wohnsitzauflage noch eine Laufzeit von einem Jahr für die Menschen bedeutete, sollen die Landkreise nun Auflagen für bis zu drei Jahre vorschreiben können. Zusammengefasst: alle Geflüchtetengruppen werden Nachteile durch einen Deal zwischen Land und Kommunen erfahren, der durchaus besonders schmutzig ist.  
<https://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/TOP-THEMA/Sachsen-will-Verteilung-von-Fluechtlings-staerker-regulieren-artikel10119702.php> (02.02.18)
- Die sächsische Stadt Freiberg hat über ihren Stadtrat dagegen einen Zuzugsstopp beim Innenministerium beantragt. Was die Freizügigkeit der Anerkannten einschränkt und auch gar nicht im Interesse der Stadt sein kann, schreiben wir in unserer [PM](#) von gestern. Dass eine Pro-Kopf-Pauschale anstelle des Königsberger Schlüssels eine fairere Verteilung von Bundesmitteln für Unterbringung und Integration anerkannter Geflüchtete sei, hat der *MDR* bereits im vergangenen Jahr aufgezeigt. Insofern wäre die Forderung danach die schlauere, wenn auch die weniger schlagzeilenträchtigere gewesen.  
<https://www.mdr.de/sachsen/diskussion-fluechtlinge-freiberg-100.html#sprung1> (01.02.18)
- Wenn Menschen das Asylverfahren erfolgreich durchlaufen und als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden, ist nicht mehr das Sozialamt des Landkreises oder der kreisfreien Stadt zuständig sondern das jeweilige Jobcenter. Der Wechsel der Zuständigkeit kann beträchtliche Folgen haben. In Einzelfällen sind die Menschen gezwungen, umzuziehen, finden keine Wohnung und landen in der Obdachlosigkeit. Es liege in der Verantwortung der Behörden, so etwas in jedem Fall zu verhindern, meinen Caritas sowie Ausländerbeauftragter Geert Mackenroth.  
<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/anerkannte-fluechtlinge-wohnungssuche-100.html> (30.01.18)

## Hintergrund und Meinung

- Die GroKo plant, Geflüchtete im Asylverfahren nur noch in Massenunterkünften unterzubringen. „Aus der Politik der dezentralen Unterbringung, um die sich viele Städte und Gemeinden in den vergangenen Jahren bemüht haben, würde dann eine Politik der Massenlager.“ Die sei integrationsfeindlich, inhuman, schade der Gesundheit der Menschen, verhindere Kontakt zu Rechtsberatung und Zugang zum Arbeitsmarkt, schreibt Caterina Lobenstein in der *Zeit*. Die Lager in Bamberg und Manching seien abschreckendes Beispiel genug, Menschen, die dort arbeiteten, würden die Zustände beständig anprangern.

<http://www.zeit.de/2018/05/asylpolitik-fluechtlinge-massenunterkuenfte-sondierungspapier>  
(24.01.18)

- Der Rassismus, der sich in Teilen der Mehrheitsgesellschaft äußere, koche in Wurzeln und Cottbus hoch, weil Einzelereignisse zu einer allgemeinen Bedrohung stilisiert würden, sagt Soziologe Sebastian Kurtenbach im Interview mit dem Mediendienst Integration. Ein Muster zeige sich deutlich: die Gewalt der Geflüchteten werde ethnisiert, die rassistisch motivierte Gewalt dagegen werde verharmlost. Die Grenze zwischen klar rechtsradikalen Kreisen und bürgerlich-konservativem Milieu erodiere dabei. AfD und Pegida hätten hier Brücken gebaut. Stilles Einverständnis für die Gewalt der Rechtsradikalen befördere ein Klima der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Kurtenbach spricht sich dafür aus, den ländlichen Raum stärker zu fördern und Demokratieprogramme besser auszustatten.  
<https://mediendienst-integration.de/artikel/cottbus-wurzeln-bautzen-sachsen-rechtsextremismus-rechtspopulismus-afd-pegida-soziologe-sebastian-kur.html> (26.01.18)
- Kamal Sido von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Interview mit dem *DLF*: Die Situation der Zivilbevölkerung in Afrin sei katastrophal, die Menschen von der Außenwelt abgeschnitten. Die wahllosen Bombardierungen setzten den Menschen zu, die YPG habe kaum Chancen, die Menschen gegen die türkische Luftwaffe zu verteidigen. Neben den Kurd\*innen seien nun auch wieder die Jesid\*innen bedroht. Die Freie Syrische Armee kämpfe darüber hinaus nun an der Seite der türkischen Armee, diene aber als Deckmantel für islamistische Gruppierungen. Einen islamistischen Radikalisierungsprozess habe zudem auch die türkische Armee durchlaufen. Minderheiten fürchteten sich vor diesen Soldat\*innen.  
[http://www.deutschlandfunk.de/militaeroffensive-der-tuerkei-in-afrin-die-situation-der.694.de.html?dram:article\\_id=409446](http://www.deutschlandfunk.de/militaeroffensive-der-tuerkei-in-afrin-die-situation-der.694.de.html?dram:article_id=409446) (29.01.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [pr@sfrev.de](mailto:pr@sfrev.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [pr@rld.de](mailto:pr@rld.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



**UNO-Flüchtlingshilfe**